

**Antworten von Bündnis 90 / Die Grünen Bayern
auf den Wahlprüfstein vom
Zentralverband der Ingenieure im öffentlichen Dienst
anlässlich der Landtagswahl 2018**



1. In vielen Bereichen der technischen Fachverwaltungen mussten in den vergangenen Jahren aufgrund des fehlenden Fachpersonals und des starken Stellenabbaus immer mehr Aufgabenbereiche zusammengelegt werden. Die Folgen sind sowohl eine zunehmende Anzahl an Überlastungsanzeigen, eine geringere Prüftiefe fachtechnischer Problemstellungen sowie ein Bearbeitungsstau bei Bau- und Genehmigungsverfahren. **Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung und einer besseren Personalausstattung in den technischen Fachverwaltungen wird Ihre Partei umsetzen, wenn Sie gewählt werden?**

Die Nachwuchsgewinnung ist in den technischen Bereichen besonders schwierig. Hier braucht es besondere Anstrengungen. Dabei gibt es nicht die eine große Maßnahme, die alle Probleme löst, sondern viele kleine: Vom Ausbau dualer Studiengänge über finanzielle Anreize für Berufsanfänger bis zur Bereitstellung von Wohnraum. Auf Bundesebene gibt es ein Fachkräftegewinnungsgesetz. Das wäre auch auf Landesebene sinnvoll. Auch eine gemeinsame Akademie für den technischen Dienst aller oder mehrerer Bundesländer wäre denkbar.

Dazu kommt eine bessere Personalplanung: Personalpolitik und Personaleinsatz lassen sich nicht pauschalisieren. Notwendige Stellen müssen besetzt werden, nicht notwendige können abgebaut werden. Nach den vielen Umbrüchen in den vergangenen Jahren – Stichworte sind wechselnde Wiederbesetzungssperren, Verlängerung und wieder Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Verschiebung des Ruhestandseintrittsalters – ist es an der Zeit, eine echte, am Bedarf orientierte Personalplanung zu betreiben. Dazu brauchen wir eine Aufgabenkritik und eine echte Bedarfsplanung. Ein pauschaler Stellenabbau nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes ergibt dabei keinen Sinn.

2. Ingenieure der QE 3 sind angesichts der ständig wachsenden Aufgabenvielfalt sowohl für unsere Daseinsfürsorge als auch für unseren Wirtschaftsstandort im öffentlichen Dienst unverzichtbar. Durch den Konkurrenzdruck der freien Wirtschaft wird es zunehmend schwieriger, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. Der erforderliche Vorbereitungsdienst mit geringen Anwärterbezügen macht den öffentlichen Dienst für ausgebildete Ingenieure zunehmend unattraktiv. **Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Wahl umsetzen, damit die Attraktivität der 3. QE für angehende Ingenieure erhöht wird?**

Grundsätzlich muss die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöht werden. Dazu könne die in der Antwort auf Frage 1 genannten Maßnahmen beitragen. Dazu sollte eine höhere Eingangsbesoldung kommen, um den Einstieg attraktiver zu gestalten. Nachgedacht werde sollte auch über die für die Einstellung erforderliche Einstellungsnote.

Ein weiterer Faktor kann die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch die Pflege sein. Wir wollen daher Teilzeitangebote ausbauen. Bayern sollte eine Vorreiterrolle einnehmen mit flexiblen Arbeitszeiten, mit der Schaffung weiterer Tele-Arbeitsplätze und Homeoffice-Angeboten. Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung voranzutreiben.

3. Trotz des neuen Dienstrechts ist die Durchlässigkeit insbesondere im Bereich der technischen Verwaltungen durch die strikte Abgrenzung zwischen QE 3 und QE 4 unzureichend. So hat ein Ingenieur der QE 3 neben den langen Beförderungswartezeiten kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Dem gegenüber steht ein sehr großer Bewerbermangel in der QE 4. Die in den kommenden vier Jahren ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen der QE 4 können nicht durch reguläre Laufbahneinsteigerinnen und -einsteiger abgedeckt werden. Dennoch wird der Aufstiegskorridor von den technischen Fachverwaltungen übergeordneten Ministerien nicht punktuell geöffnet. **Wie steht Ihre Partei zu diesem Problem und wie würden Sie dieses im Falle einer Wahl lösen?**

Auch hier spielen die Maßnahmen aus der Antwort auf Frage 1 eine Rolle, die Attraktivität muss erhöht werden, und das schon möglichst zu Beginn eines Studiums, das für die QE 4 qualifiziert. Die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen QE 3 und QE 4 spielt auch eine wichtige Rolle und würde indirekt möglicherweise auch zu einer höheren Attraktivität von QE 3 beitragen.

Um die Durchlässigkeit zwischen QE 3 und QE 4 zu erhöhen sollte auch geprüft werden, ob für die Beförderung neben der erforderlichen modularen Qualifizierung auch ein Spitzenprädikat bei der letzten periodischen Beurteilung ausreichend sein kann.

4. Trotz stetig steigender Anforderungen und wachsender Aufgabenfelder hinkt die Bezahlung im öffentlichen Dienst im Vergleich zur freien Wirtschaft – insbesondere für Techniker und Naturwissenschaftler – hinterher. **Welche Maßnahmen sind von Ihnen vorgesehen, um diese Lücke zu schließen? Wie stehen Sie zu einer Erhöhung von Einstiegsämtern, um das erhöhte Qualifikationsniveau angemessen zu honorieren?**

Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst bleibt seit Mitte der 90er Jahre hinter der Entwicklung in der privaten Wirtschaft zurück. Dazu kamen Nullrunden im Beamtenbereich in der vergangenen Legislaturperiode. In den letzten Jahren waren die Tarifabschlüsse höher und wurden auch voll in das Besoldungsgesetz übernommen. Das kann die Einschnitte in der Vergangenheit aber nicht ausgleichen. Ein echter Ausgleich kann nur schrittweise erfolgen, da erstens die öffentlichen Haushalte, insbesondere auch die der Kommunen, in der Lage sein müssen, die Finanzierung zu leisten und zweitens in vielen Bereichen Personalmehrungen finanziert werden müssen. Was besonders wichtig und auch schnell umzusetzen wäre, ist eine höhere Eingangsbesoldung. Diese Maßnahme sollte an erster Stelle stehen.

5. Es werden immer mehr Leitungsfunktionen auch in den technischen Fachverwaltungen mit „Nicht-Technikern“ besetzt, obwohl für gute Führungsarbeit in den technischen Fachverwaltungen ein fundierter Sachverstand und qualifizierte Fachkenntnisse unerlässlich sind. **Wie steht Ihre Partei zu der Besetzung von Leitungsfunktionen auf technischer Fachebene in den Ministerien, Bezirksregierungen und Landratsämtern, sowie in den Fachbehörden und Kommunen vor Ort mit Fachleuten aus den nichttechnischen Verwaltungen?**

Es ist richtig, dass in Führungspositionen und Ministerien sehr häufig Juristinnen und Juristen anzutreffen sind. Dass insbesondere in technischen Fachbereichen auch andere Qualifikationen sinnvoll sind, stimmt ebenfalls. Rechtliche Kenntnisse sind für Leitungsfunktionen sicher notwendig, aber wir würden es begrüßen, wenn auch – je nach

Fachbereich – mehr technischer oder auch ökonomischer Sachverstand vertreten wäre.